

Titel/GdP-Jubiläum

Bundeskanzler Gerhard Schröder: "Fünzig gute Jahre für alle Polizeibediensteten"

Von Adalbert Halt

Hamburg. Am 14. September 1950 wurde die Gewerkschaft der Polizei im Besenbinderhof in Hamburg auf Bundesebene gegründet. Unweit davon, im frisch renovierten Festsaal des Hamburger Rathauses, feierte sie jetzt Geburtstag. Mit dabei Ehrengäste aus Bund und Ländern, an ihrer Spitze Bundeskanzler Gerhard Schröder, der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Dr. Fritz Behrens, Bundesinnenminister Otto Schily und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte.



Die Gewerkschaft der Polizei habe sich nie als bloße Interessenvertretung zur Verbesserung der Einkommen der Polizeibeschäftigten verstanden, betonte der Vorsitzende der GdP, Norbert Spinrath, in seiner Festrede. Es gehe ihr vielmehr um eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung. Spinrath: "Wir stehen für eine Polizei, die in einem demokratischen Rechtsstaat der inneren Sicherheit im Allgemeinen und den Ansprüchen der Bürger auf ein friedliches Zusammenleben im Besonderen verpflichtet ist."

Die GdP habe den Werdegang der jungen Republik mit ihrer Arbeit für eine in den demokratischen Rechtsstaat eingebettete und vom Vertrauen der Bürger getragene Polizei aktiv mitgestaltet. Dass bei dem Eintreten für eine qualitativ hochwertige Polizeiarbeit auch die entsprechende Bewertung und Bezahlung eingefordert werde, sei für eine Gewerkschaft selbstverständlich. Das gelte auch nach zehn Jahren deutscher Einheit. "In dieser Zeit haben wir in der Polizei unseren Beitrag geleistet, um zu einem gemeinsamen Rechts- und Staatsverständnis zu finden", sagte der GdP-Vorsitzende. Mit Hartnäckigkeit werde die GdP ihre Arbeit fortsetzen, um zu gleichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu kommen. Energisch forderte Norbert Spinrath in diesem Zusammenhang die Angleichung der Osteinkommen an das Westniveau und die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der diesjährigen Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich ein.

Ausführlich ging der GdP-Vorsitzende auf den Rechtsradikalismus ein. Der Kampf gegen Rechts sei bitter nötig, aber er sei "eine mühsame und vor allem beharrliche, alltägliche Arbeit, und zwar von uns allen, die ausländischen Mitbürger ausdrücklich eingeschlossen." Ehe man neue Bündnisse und Zirkel

gründe, sei es möglicherweise klüger, bereits bestehende Einrichtungen wie Präventionsräte und Ordnungspartnerschaften in den Kampf gegen Rechts einzubeziehen. Spinrath: "Es ist doch weitgehend dasselbe Feld, das zu beackern ist, es geht um das Erkennen von Ursachen und um das koordinierte Zusammenspiel zahlreicher Gremien und Institutionen, Elternhaus und Schule, Kindergärten und Sportvereine, kommunale Behörden und Polizei." (Auszüge der Rede sind an anderer Stelle dieser Ausgabe dokumentiert.)

Kanzler würdigt Verdienste der GdP

Bundeskanzler Gerhard Schröder würdigte ausführlich die Verdienste der GdP um eine gerechte Bewertung der Polizei: "Nicht zuletzt durch die Arbeit dieser Gewerkschaft, nicht zuletzt durch die Hartnäckigkeit ihrer Mitglieder, ihrer Führungen, nicht zuletzt mit dem Geschick und durch die Deutlichkeit, mit der sie Interessen vertreten haben, hat sich bis heute verdammt viel geändert."

Die GdP habe auch das Berufsbild und die rechtlich politische Verankerung in unserer Demokratie in den Mittelpunkt ihrer gewerkschaftlichen Arbeit gestellt. Die strikte Einhaltung der Regeln des Rechtsstaates sei für die GdP immer eine Selbstverständlichkeit gewesen ebenso wie "eine größtmögliche Zivilität". Das könne nicht hoch genug bewertet werden. "Für die GdP ist Polizei eine wehrhafte, aber bürgerfreundliche Institution, die auf möglichst friedliche Weise die Konflikte lösen will, und darin stimme ich mit der GdP überein", sagte der Bundeskanzler.

Die GdP habe immer erkannt, dass ein umfassender Sicherheitsbegriff nur realisiert werden kann, wenn Politik auf der einen Seite, Polizei und Justiz zum Zweiten und zivile Gesellschaft zum Dritten zusammenarbeiten, wenn sie sich miteinander ergänzen.

Warnung vor Nötigung

Mit Blick auf die Demonstrationen gegen zu hohe Benzinpreise wies Gerhard Schröder darauf hin, dass es "in einer Demokratie das selbstverständliche Recht eines jeden ist, seine Meinung auszudrücken. Mit diesem Recht korrespondiert auch eine Pflicht, dabei den gesetzlichen Rahmen strikt einzuhalten."

Da könne es keine Privilegierungen geben für bestimmte Berufsgruppen. Demonstranten müssten sehr genau wissen, wann die Meinungsfreiheit und das Recht sie auszuüben in strafrechtlich relevante Nötigung umschlägt, und sie müssten wissen, dass die deutsche Polizei die Pflicht habe, gegen strafrechtliche Verstöße im Rahmen des polizeilichen Opportunitätsprinzip einzuschreiten.

"Die Würde aller Menschen ist unantastbar"

Gewaltbereiter Rechtsradikalismus sei kein spezielles Problem in den neuen Ländern, sondern gehe die gesamte Gesellschaft an - mit ihm müsse man sich dauerhaft auseinandersetzen, sagte der Bundeskanzler. Nach dem Grundgesetz sei die Würde aller Menschen unantastbar, "eine andere Interpretation unseres Grundgesetzes dürfen wir niemals zulassen!"

Gewalttäter müssten mit aller Härte bestraft werden. Um die jugendlichen Mitläufer müsse man sich intensiv kümmern. Sie bräuchten Perspektiven in Ausbildung, in Bildung, in Arbeit. Dort Geld zu investieren sei besser, als es nachher in die Gefängnisse investieren zu müssen.

Zur Forderung der GdP nach einer Angleichung der Osteinkommen im öffentlichen Dienst an das Westniveau verwies der Bundeskanzler darauf, dass der Bund die für seinen Bereich erforderlichen Mittel, "zwischen sieben- und neunhundert Millionen DM", möglicherweise aufbringen könne. Für das

Gros der öffentlichen Beschäftigten in den Ländern und Kommunen müsse aber ein Betrag zwischen sieben und neun Milliarden DM aufgewendet werden. Schröder: "Hier liegt der Grund, warum der Bund das wirklich nur schrittweise und abgestimmt mit Ländern und Kommunen machen kann."

Abschließend betonte der Bundeskanzler, dass "die vergangenen 50 Jahre Gewerkschaft der Polizei 50 gute Jahre keineswegs nur für die Mitglieder, sondern für alle Polizeibediensteten gewesen" seien, "weil die GdP Interessenvertretung hart, aber fair gemacht hat und weil sie sich als selbstverständlicher Teil von Demokratie verstanden hat und weiter verstehen wird." Und weiter: "Dieser Geist, der sich in den 50 Jahren herausgebildet hat, wird die Arbeit dieser Gewerkschaft und die Zusammenarbeit mit jeder wie immer farbigen Landes- oder Bundesregierung weiter prägen. Das wäre jedenfalls mein Geburtstagswunsch. Und ich will auch sagen, es liegt im deutschen Interesse."

"Polizei ist kein Reparaturbetrieb"

"Die Polizei ist nicht und die Polizei kann auch nicht der Reparaturbetrieb für die gesamte Gesellschaft sein", sagte Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde in seinem Grußwort im großen Festsaal des Hamburger Rathauses, "dessen ganze Pracht und Herrlichkeit nach einem Jahr Renovierung ,extra' für Sie wieder in neuem Glanz erstrahlt." Es komme darauf an, "insgesamt in unserer Stadt wieder mehr Verantwortungsgefühl für die Regeln des Miteinanders zu stiften." Die Sicherheitspartnerschaften und Sicherheitskonferenzen in der Stadt seien ein wichtiger Beitrag dazu. Runde: "Denn wir müssen alle achten: auf Sauberkeit auf Straßen und in Parks, auf Vandalismus oder andere Formen der Rücksichtslosigkeit im öffentlichen Raum."

Eine Polizei für die Aufgaben von morgen müsse auch über eine zukunftsfähige Struktur und Organisation, über effiziente und flexible Abläufe und über eine moderne Technik verfügen, sagte der Bürgermeister. Zur guten Ausstattung gehöre auch eine sichere Ausstattung. In Hamburg würden alle im Streifendienst eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten, die das wünschen, in Zukunft auf Unterziehschutzwesten zurückgreifen können - sei es als Dauerleihgabe oder aus einem Pool an den örtlichen Dienststellen und in den Fachdiensten.

Ortwin Runde sprach seine Anerkennung dafür aus, dass es gelungen sei, sich im Bündnis für Sicherheit zwischen der Behörde für Inneres und der GdP Hamburg auf grundlegende Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit und zur Organisation und Modernisierung der Hamburger Polizei zu einigen. Damit sei ein großer Schritt zur zukünftigen Zusammenarbeit getan.

"Eine starke Säule im DGB"

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte, erinnerte in seinem Grußwort an den Beitritt der GdP vor 22 Jahren zum DGB. Sie sei "eine starke Säule, ein anerkannter Partner und auch ein geschätzter und gern gesehener Mitstreiter im DGB."

Der Einsatz der GdP für die Beschäftigten der Polizei, ihr Engagement für Bürgernähe und Sicherheitspartnerschaft und ihr Kampf für Toleranz und Menschenwürde und für den inneren Frieden verdiene Dank und Anerkennung.

"Eine demokratische Polizei war in der deutschen Geschichte keine Selbstverständlichkeit. Nur allzu oft wurde die Polizei als Knüppel des Obrigkeitsstaates und in den zwölf finsternen Jahren für den Machterhalt einer verbrecherischen Diktatur missbraucht", sagte der DGB-Chef. Die GdP habe vor 50 Jahren die Chance der jungen Demokratie Bundesrepublik genutzt. Sie habe ihre demokratischen Rechte in diesem Staat wahrgenommen und eine eigenständige und unabhängige Gewerkschaft gegründet und somit auch im Staatsapparat selbst ein wesentliches Stück Demokratie verwirklicht.

Schulte: "Das war damals ein mutiger und zugleich kluger Schritt."

Mit Kompetenz und Konsequenz habe sich die GdP in 50 Jahren für bessere Arbeitsbedingungen, für menschenwürdige Arbeitszeiten, für eine gute Ausbildung und für eine zukunftsorientierte Weiterbildung eingesetzt.

Mehr denn je seien die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Kampf um humane Arbeitsbedingungen in einem funktionsfähigen Sozialstaat auf gegenseitige Unterstützung angewiesen, betonte Schulte. Er wies dabei insbesondere auf die Tarifmauer hin, "die unser Land immer noch in Ost und in West teilt und die wir gemeinsam in den nächsten Jahren überwinden wollen."

Zum Abschluss der Jubiläumsfeier im Hamburger Rathaus dankte der stellvertretende Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, zugleich Vorsitzender des ebenfalls 50 Jahre alt gewordenen Landesbezirks Hamburg, für die treue Mitgliedschaft von über 190.000 Polizeibeschäftigten und "all den vielen tausend Funktionären für 50 Jahre aufopferungsvolle, engagierte Gewerkschaftsarbeit". Es gebe allerdings keinen Grund, sich jetzt auszuruhen. Das Erreichte müsse bewahrt und verbessert werden.

Wichtige Beschlüsse zu Besoldung und Versorgung

Die 50-Jahr-Feier der GdP in Hamburg war verbunden mit einer Sitzung des Bundesvorstandes, der sich mit mehreren gewichtigen Themen befasste. Im Vordergrund stand dabei die Besoldungsrunde 2000. Der Bundesvorstand bekräftigte einhellig seine Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifergebnisses und drohte mit Protestmaßnahmen, falls der erwartete Gesetzentwurf nicht den gewerkschaftlichen Forderungen entspreche.

Ebenso einstimmig fasste der Bundesvorstand einen Beschluss zur Problematik der Alterssicherungssysteme, in dem er seine gegensätzliche Auffassung zu einschlägigen Beschlüssen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) artikulierte. Der Beschluss des Bundesvorstandes hat folgenden Wortlaut:

1. Die Gewerkschaft der Polizei besteht darauf, dass das beamtenrechtliche Versorgungssystem gemäß Art. 33, Abs. 5 GG erhalten werden muss.
2. Die Auswirkungen demografischer und wirtschaftlicher Entwicklungen auf die Beamtinnen und Beamten dürfen nur innerhalb dieses Systems diskutiert werden.
3. Die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Rentenversicherung wird abgelehnt.

Verhältnis Polizei - private Sicherheitsunternehmen

Mit der Entwicklung der privaten Sicherheitsunternehmen beschäftigt sich der Bundesvorstand seit geraumer Zeit. In seiner Sitzung am 14. September in Hamburg beschloss er ein Positionspapier "Verhältnis Polizei - private Sicherheitsdienste". Darin legte der Bundesvorstand seine Auffassung in fünf Punkten fest. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Die Gewerkschaft der Polizei bekräftigt ihre Position, wonach hoheitliche Aufgaben allein der Polizei zustehen. Artikel 33 IV GG ist eng auszulegen.
2. Zuständig für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (in Ländern mit entsprechender Rechtslage auch für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung) im öffentlichen Raum ist allein die Polizei. Bei der Wahrnehmung der jeweils eigenen Aufgaben im teilöffentlichen

Raum (z. B. Bahnhöfe, ÖPNV oder Einkaufspassagen) ist auf die strikte Beachtung der unterschiedlichen Aufgaben und der Rechtsgrundlagen zu achten.

3. Kooperationsabkommen zwischen der Polizei und privaten Sicherheitsdiensten, möglicherweise ergänzt durch kommunale Dienststellen, können geeignet sein, das bisherige ungeordnete Nebeneinander in eine geordnete Struktur zu bringen. Hierbei müssen bestehende Rechtsgrundlagen insbesondere hinsichtlich der Befugnisse und des Datenschutzes beachtet werden.
4. Es besteht überhaupt kein Anlass, Befugnisse privater Sicherheitsdienste über das bestehende Recht hinaus gesetzlich zu regeln.
5. Erheblicher gesetzgeberischer Bedarf besteht hingegen bei Zulassung privater Sicherheitsdienste sowie bei Aus- und Fortbildung sowie Prüfung von Beschäftigten solcher Unternehmen.

Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte

Der Bundesvorstand forderte die Innenminister und -senatoren der Länder auf,

- den operativen Polizeidienst mit ballistischen Unterziehschutzwesten Kl. I einschließlich integriertem Stichschutz als Frau-/Mannausstattung auszustatten,
- eine Trageverpflichtung als Dienstherr nicht anzuordnen und
- den Trägern die Grenzen der objektiven Sicherheit, die durch das Tragen ballistischer Schutzwesten erreicht werden können, besonders nahe zu bringen.

Ferner forderte der Bundesvorstand die Innenminister und -senatoren auf

- Trainingsmaßnahmen zur Eigensicherung der Beamtinnen und Beamten durchzuführen (wo noch nicht geschehen) beziehungsweise unter Berücksichtigung bekannter Tatbegehungsformen zu modifizieren,
- Dienstzeiten so zu gestalten, dass die Polizeikräfte die Möglichkeit haben, an den Trainings teilzunehmen, und ein entsprechendes Controlling einzuführen,
- zur Erzielung höchster Effizienz die Trainings auf den jeweiligen Dienststellen der operativen Polizeikräfte innerhalb der Dienstgruppen abzuhalten,
- die erforderliche Anzahl von Trainern zu gewährleisten, ohne dass sich diese zu Lasten der Dienststärken auswirkt.

Atommüll-Transporte

Ein Ausstieg aus der Atomstromproduktion, wie ihn die Bundesregierung beabsichtigt, wird unweigerlich zu einer Zunahme der Transporte von Atommüll in den nächsten Jahren führen. Der Bundesvorstand forderte daher die Bundesregierung auf, mit allen beteiligten gesellschaftlichen Gruppen einen Transportkonsens hinsichtlich notwendig werdender Atommülltransporte herbeizuführen. Nicht verantwortbar sei es, "wenn, welche gesellschaftlichen Kräfte auch immer, aktiv oder passiv Widerstand an Orten leisten, wo sie aufgrund von Sicherheits- oder rechtlichen Gründen in Konflikt mit der Polizei geraten werden."

Für alle im Rahmen von CASTOR-Transporten eingesetzten Begleitkräfte sei bundeseinheitlich eine Strahlenschutzüberwachung mit entsprechender Dokumentation durchzuführen.

Der Bundesvorstand beschloss, im Vorfeld der genehmigten CASTOR-Transporte die Bürgerinitiativen der Antiatomkraftbewegung zu kontaktieren, um ebenfalls für einen Transportkonsens zu werben und Auseinandersetzungen zwischen Bürgerinitiativen und Polizei zu vermeiden. Er forderte das Bundesinnenministerium auf, im Konsens mit den Länderregierungen für bundeseinheitliche Dienstanweisungen sowie eine umfassende sachkundige Unterrichtung und Information der eingesetzten Kräfte zu sorgen.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 10/2000)